

*"Der Souverän steht
über dem Parlament."*

Vorwort

Dieses Buch macht einen Vorschlag. Er ist einfach genug, um auf einen Bierdeckel zu passen, und weitreichend genug, um die Bundesrepublik zu verändern: Jeder Wahlberechtigte soll bei jeder Entscheidung des Bundestages selbst abstimmen können – nicht müssen, sondern können. Wer schweigt, wird wie bisher von seinem Parlament vertreten. Wer abstimmt, zählt mit der eigenen Stimme, und das Gewicht der Abgeordneten sinkt exakt im Maß der Beteiligung. Ich nenne dieses Modell die Demokratie Plus, denn es ersetzt nichts – es fügt hinzu.

Drei Sätze gehören an den Anfang, damit kein Missverständnis die Lektüre begleitet. Erstens: Dieses Buch steht auf dem Boden des Grundgesetzes – nicht aus taktischer Vorsicht, sondern aus Überzeugung. Artikel 20, der alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen lässt und dafür ausdrücklich Wahlen und Abstimmungen vorsieht, ist nicht das Hindernis dieses Vorschlags. Er ist sein Fundament. Zweitens: Dieses Buch richtet sich nicht gegen den Parlamentarismus. Das Parlament bleibt in jeder hier entworfenen Zukunft die tragende Säule der Gesetzgebung; es wird nicht entmachtet, sondern ergänzt – und in den allermeisten Fällen wird es entscheiden wie eh und je. Drittens: Dieses Buch kennt genau einen Weg der Veränderung – den friedlichen, offenen, rechtsstaatlichen. Wer zwischen diesen Zeilen einen anderen sucht, wird nicht fündig werden, denn es gibt keinen.

Auch der Untertitel sei erklärt, bevor ihn jemand missversteht. „Der Souverän steht über dem Parlament“ ist keine Kampfansage, sondern Verfassungsprosa: Wenn alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, dann ist das Volk die Quelle, aus der das Parlament seine Macht bezieht – und eine Quelle liegt nun einmal oberhalb des Stroms, den sie speist. Genau so hat es der Parlamentarische Rat in den ersten Satz der Staatsfundamentalnorm geschrieben. Wer in diesem Satz eine Herabsetzung des Parlaments erkennen will, müsste seinen Vorwurf zuerst an das Grundgesetz richten.

Der Leser findet in diesem Buch drei Teile: eine schonungslose, aber faire Bestandsaufnahme dessen, was unsere Demokratie ihren Bürgern heute bietet; den Bauplan der Demokratie Plus samt ihrer Mathematik, ihrer Technik und ihres Weges in die Wirklichkeit; und eine Prüfung der Bedingungen und Einwände – von der Mündigkeit der Bürger über die Sicherheit der Technik bis zu Minderheitenschutz, digitaler Teilhabe und Europa. Ich habe versucht, den stärksten Gegenargumenten nicht auszuweichen, sondern ihnen eigene Kapitel zu widmen. Wo mir das nicht gelungen ist, freue ich mich auf Widerspruch: Eine Idee, die den mündigen Bürger ernst nimmt, muss sich seiner Prüfung stellen – zuerst.

Warum schreibt ein Informatiker ein Buch über Demokratie? Weil ich viele Jahre meines Lebens damit verbracht habe, Systeme zu bauen, ihre Konstruktionsfehler zu finden und sie immer wieder zu verbessern – so lange, bis sie funktionierten. Irgendwann liest man auch die eigene

Staatsordnung wie ein System – und entdeckt darin einen Fehler, der seit Jahrzehnten dokumentiert, verstanden und unbehoben ist: Die Beteiligung der Bürger endet dort, wo die Entscheidungen beginnen. Dieses Buch beschreibt den Patch. Alles Weitere gehört dem Argument.

Thorsten Bohnenberger, im Sommer 2026

Das Gewicht des Abgeordneten

Nun zum Herzstück der Demokratie Plus – zu der Frage, an der sich entscheidet, ob das Modell mehr ist als eine schöne Idee: Wie fließen die Stimmen der Abgeordneten und die direkt abgegebenen Stimmen der Bürger in ein und derselben Abstimmung zusammen? Wie kann beides gleichzeitig gelten – Repräsentation für die einen, Selbstbestimmung für die anderen –, ohne dass irgendjemandes Stimme doppelt zählt oder verloren geht? Die Antwort ist von geradezu entwaffnender Einfachheit. Man muss nur eine einzige Zahl neu denken: das Gewicht des Abgeordneten.

Beginnen wir mit dem Status quo. Auch heute schon repräsentiert jeder Abgeordnete rechnerisch eine bestimmte Anzahl von Wahlberechtigten – wir sprechen nur nie darüber. Nehmen wir zur Veranschaulichung runde Zahlen an: 60 Millionen Wahlberechtigte, 600 Abgeordnete. Dann vertritt ein Abgeordneter bei jeder Abstimmung im Bundestag rechnerisch 100.000 Wahlberechtigte. Diese Zahl nenne ich das Stimmengewicht des Abgeordneten. Im heutigen System ist sie in Stein gemeißelt: 100.000 – immer, bei jeder Abstimmung, ganz gleich, wie viele Bürger mit der Entscheidung ihrer Vertreter hadern.

Die Demokratie Plus macht aus dieser starren Zahl eine dynamische. Die Regel lautet: Jede direkt abgegebene Bürgerstimme reduziert das Stimmengewicht der Abgeordneten – denn wer selbst abstimmt, wird in dieser Frage von niemandem mehr vertreten. Seine Stimme wandert gewis-

sermaßen aus dem Kollektivpaket der Repräsentation heraus und auf seine eigene Waagschale.

Ein Zahlenbeispiel macht das Prinzip greifbar. Stimmen bei einer Vorlage 600 Bürger direkt ab, sinkt das Stimmengewicht jedes Abgeordneten von 100.000 auf 99.999. Bei 6 Millionen direkt abstimmenden Bürgern sind es noch 90.000. Sind es 30 Millionen – die Hälfte aller Wahlberechtigten –, vertritt jeder Abgeordnete nur noch 50.000 Stimmen: Das Gewicht der Vertreter hat sich exakt halbiert. Entscheiden sich 54 Millionen Wahlberechtigte für die direkte Abstimmung, verbleiben 10.000 Stimmanteile pro Abgeordnetem. Und sollten eines Tages 59.999.400 Bürger selbst abstimmen, dann repräsentiert jeder Abgeordnete nur noch einen einzigen Menschen: sich selbst. Seine Stimme wöge dann exakt so viel wie die jedes anderen Wahlberechtigten.

Spiele wir nun eine konkrete Abstimmung durch – und zwar zweimal. Das Parlament entscheidet über eine Gesetzesvorlage; 350 Abgeordnete stimmen dafür, 250 dagegen. Erster Durchgang: Die Vorlage ist unstrittig, kein einziger Bürger sieht Anlass, selbst abzustimmen. Jeder Abgeordnete wiegt damit seine vollen 100.000 Stimmen: 35 Millionen stehen gegen 25 Millionen, die Vorlage ist angenommen – exakt das Ergebnis, das auch der heutige Bundestag hervorgebracht hätte. Wo der Souverän schweigt, ist die Demokratie Plus vom Status quo nicht zu unterscheiden.

Zweiter Durchgang, dieselbe Vorlage, dasselbe Abstimmungsverhalten im Parlament – doch diesmal ist das Vorhaben umstritten, und 18 Millionen Bürger stimmen selbst

ab: 3 Millionen dafür, 15 Millionen dagegen. Das Stimmengewicht jedes Abgeordneten sinkt damit auf 70.000. Nun ergibt sich: 350 mal 70.000 sind 24,5 Millionen repräsentierte Stimmen, plus 3 Millionen direkte – macht 27,5 Millionen für die Vorlage. Dagegen stehen 250 mal 70.000, also 17,5 Millionen, plus 15 Millionen direkte – macht 32,5 Millionen. Die Vorlage ist abgelehnt. Dasselbe Parlament, dieselben Stimmen der Abgeordneten – ein anderes Ergebnis: Der Souverän hat sein Veto eingelegt, ohne Misstrauensvotum, ohne Demonstration, ohne einen einzigen Pflasterstein. Allein durch Teilnahme. Und die Probe aufs Exempel gelingt in beiden Durchgängen: 35 plus 25 ebenso wie 27,5 plus 32,5 ergeben 60 Millionen. Jeder Wahlberechtigte ist im Ergebnis enthalten – jeder genau einmal, keiner doppelt, keiner verloren. Wer direkt abgestimmt hat, zählt mit der eigenen Stimme; wer es nicht getan hat, zählt über das Gewicht der Abgeordneten. Das ist die ganze Mathematik der Demokratie Plus. Sie passt auf einen Bierdeckel.

Man halte sich vor Augen, was diese simple Formel leistet. Sie beantwortet die Frage, an der jedes bisherige Mischmodell aus direkter und repräsentativer Demokratie gescheitert ist: Wie gewichtet man Bürgervotum gegen Parlamentsvotum? Nicht durch Quoren, nicht durch Vetorechte, nicht durch zweite Kammern – sondern durch eine schlichte Proportionalität, die sich in Echtzeit von selbst justiert. Beteiligt sich kaum jemand, entscheidet praktisch das Parlament: Die repräsentative Demokratie läuft ungestört weiter. Beteiligen sich Millionen, verschiebt sich das

Gewicht exakt im Maß dieser Beteiligung zu den Bürgern. Das System kennt keinen Bruch, keinen Kipppunkt, keinen Systemwechsel – nur ein stufenloses Kontinuum, auf dem der Souverän selbst bestimmt, wo der Zeiger steht.

Ein Einwand liegt an dieser Stelle nahe, und er verdient eine ehrliche Antwort: Wäre es nicht noch gerechter, das Stimmengewicht nicht pauschal bei allen Abgeordneten zu reduzieren, sondern gezielt bei jenem, dessen eigene Wähler gerade selbst abstimmen – beim Abgeordneten des betreffenden Wahlkreises etwa, und anteilig bei seinen Parteikollegen von der Landesliste? Die Intuition dahinter ist berechtigt: Das Gewicht soll dort sinken, wo das Vertrauen entzogen wird. Doch das Verfahren scheitert an einem Hindernis, das kein noch so kluger Algorithmus aus dem Weg räumen kann – dem Wahlgeheimnis. Niemand weiß und niemand darf wissen, wen ein direkt abstimmender Bürger gewählt hat. Jede Zuordnung über den Wohnort träfe deshalb mehrheitlich die Falschen: Wahlkreissieger gewinnen ihr Mandat typischerweise mit einem Drittel der Erststimmen – die Mehrheit der Bürger eines Wahlkreises hat ihren „Vertreter“ gar nicht gewählt. Stimmt in einem Wahlkreis vor allem die Anhänger der Opposition direkt ab, würde ausgerechnet jene Partei bestraft, der ihre eigenen Wähler gar kein Vertrauen entzogen haben.

Die pauschale Reduktion ist deshalb keine Vereinfachung zweiter Wahl, sondern die fairere Lösung – aus einem Grund, dessen Eleganz sich erst auf den zweiten Blick erschließt: Sie lässt die Kräfteverhältnisse im Parlament

vollkommen unangetastet. Eine Fraktion, die vierzig Prozent der Sitze hält, behält bei jeder denkbaren Beteiligung exakt vierzig Prozent des verbleibenden Parlamentsgewichts. Die direkte Beteiligung verschiebt Macht ausschließlich vom Parlament als Ganzem zum Souverän – niemals zwischen den Parteien. Wer delegiert, wird also weiterhin von genau dem Parlament vertreten, das am Wahltag gewählt wurde; das Abstimmungsverhalten der anderen wertet seine Wahlentscheidung weder auf noch ab. Zugleich bleibt das Verfahren gegen jede Strategie immun: Da die Teilnahme keiner Partei gezielt schadet oder nützt, lohnt kein Aufruf, durch massenhaftes Abstimmen die Gewichte einer missliebigen Fraktion zu schleifen. Und nicht zuletzt nimmt die pauschale Reduktion des Grundgesetz beim Wort, das die Abgeordneten in Artikel 38 zu Vertretern des ganzen Volkes erklärt – nicht ihres Wahlkreises und nicht ihrer Partei. Was vom berechtigten Kern des Einwands bleibt, lässt sich ganz ohne komplizierte Mathematik verwirklichen: Die Plattform kann für jede Abstimmung ausweisen, wie hoch die direkte Beteiligung in jedem Wahlkreis war. Ein Abgeordneter, in dessen Wahlkreis bei einer Sachfrage mehr als die Hälfte der Bürger selbst abgestimmt hat, braucht keine Gewichtsformel, um die Botschaft zu verstehen. Die Rechnung aber bleibt, was sie sein muss: so einfach, dass jeder sie nachprüfen kann.

Zur Umsetzung dieser einfachsten Variante der Demokratie Plus braucht es folglich genau zwei Dinge: erstens das persönliche Wahl- und Abstimmungskonto für jeden Wahlberechtigten, wie es das vorige Kapitel beschrieben

hat – und zweitens die dynamische Anpassung des Stimmengewichts bei der Auszählung, sodass die direkt abgegebenen Stimmen der Bürger proportional berücksichtigt werden. Das ist alles. Technisch betrachtet kein großer Aufwand: Die überwältigende Mehrheit der Wahlberechtigten trägt das nötige Endgerät bereits in der Hosentasche.

Ein Gedanke zum Schluss sei mit einem Augenzwinkern erlaubt: Das Gewicht des Abgeordneten wächst bekanntlich mit den Diäten. Die Demokratie Plus gibt dem Wähler erstmals ein Mittel an die Hand, seinen Abgeordneten auf Diät zu setzen – und sein Stimmengewicht auf das gesunde Maß zu reduzieren, das der Souverän ihm zugesteht.